



Guido Rötzer
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 26.04.2017

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel
Sitzungsnummer	3/2017
Datum	Dienstag, den 25.04.2017
Sitzungsdauer	20:00 Uhr bis 20:52 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Vorsitz:

Stadtverordnetenvorsteher Rötzer, Guido (CDU)

Anwesende:

Stadtverordneter Baier, Patrick (BBB)
Stadtverordneter Beilner, Dietmar (BBB)
Stadtverordneter Blum, Oliver (GRÜNE)
Stadtverordnete Blum-Schwarzer, Nicole (CDU)
Stadtverordnete Braun, Sylvia (FDP)
Stadtverordneter Broschowsky, Klaus Dieter (CDU)
Stadtverordnete Bürgstein, Patricia (GRÜNE)
Stadtverordneter Clauß, Christian (BBB)
Stadtverordneter Emmrich, Rolf (CDU)
Stadtverordnete Förster-Helm, Elke (GRÜNE)
Stadtverordnete Grosse, Andrea (CDU)
Stadtverordneter Hirt, Oliver (CDU)
Stadtverordneter Hormel, Harald (BBB)
Stadtverordneter Kitzmann, Alexander (CDU)
Stadtverordnete Klein, Gisela (BBB)
Stadtverordnete Lauterbach, Katja (FDP)
Stadtverordneter Ließmann, Peter (SPD)
Stadtverordneter Linek, Klaus (GRÜNE)
Stadtverordnete Neunemann-Güth, Nicole (SPD)
Stadtverordneter Nohl, Frank (SPD)
Stadtverordneter Ochs, Reiner (CDU)
Stadtverordnete Pastor, Dana (SPD)
Stadtverordnete Pauly, Monika (SPD)
Stadtverordneter Rabold, Alexander (BBB)
Stadtverordneter Rechholz, Joachim (BBB)
Stadtverordneter Ringel, Uwe (GRÜNE)
Stadtverordneter Schreier, Michael (SPD)
Stadtverordnete Seewald, Carina (BBB)
Stadtverordneter Sliwka, Thomas (CDU)
Stadtverordneter Spachovsky, Ralf (CDU)
Stadtverordnete Viehmann, Veronika (SPD)
Stadtverordnete Weigl-Franz, Viola (CDU)
Stadtverordneter Dr. Wingefeld, Volker (FDP)
Stadtverordneter Zeitler, Nicholas (CDU)

entschuldigt:

Stadtverordneter Breitenbach, Frank (CDU)
Stadtverordneter Gust, Oliver (CDU)

Magistrat:

Bürgermeister Maibach, Günter (CDU)
Erste Stadträtin Cammerzell, Ingrid (CDU)
Stadtrat Jessl, Edwin (GRÜNE)
Stadtrat Keim, Reiner (CDU)
Stadtrat Legorjé, Hans-Joachim (BBB)
Stadtrat Pastor, Josef (SPD)
Stadtrat Roth, H. Michael (BBB)
Stadtrat Schadeberg, Volker (CDU)
Stadtrat Schäfer, Jürgen (FDP)
Stadtrat Viehmann, Norbert (SPD)

Schriftführer:

Schriftführer Dr. Wächtler, Achim

Tagesordnung

öffentliche Sitzung

1. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 21.03.2017
2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3. Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4. Fragen zu aktuellen Themen
5. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-87/2017)
Photovoltaikanlagen
6. Optimierung der EAM Sammel- und Vorschaltgesellschaften durch Ver- (DS-76/2017)
schmelzung
7. Gründung KEAM Kommunale Energie aus der Mitte GmbH (DS-81/2017)
8. Verkauf eines Grundstückes (DS-74/2017)

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 35 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

1.	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 21.03.2017
----	---

Gegen die Tagesordnung ergeben sich keine Einwendungen.

2.	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
----	---

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass der langjährige Stadtverordnete Gunter Hartung verstorben ist. Er erhebt sich mit allen anderen Damen und Herren in Dankbarkeit zu einer Schweigeminute.

Weiter berichtet er, dass der Stadtverordnete Emmrich den Vorsitz im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr niedergelegt habe.

Der Akteinsichtsausschuss „ÖPNV“ werde am 02.05.2017 tagen, außerdem werde eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema Stadtentwicklung am 22.5.2017 stattfinden.

3.	Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
----	--

Der Bürgermeister berichtet von einer überplanmäßigen Ausgabe, die der Magistrat am 19.04.2017 beschlossen hat, nämlich im Produkt 02126000 „Brandschutz“ zur Deckung der Kosten für unvorhersehbare Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten in Höhe von 22.500,00 Euro. Die Deckung erfolgt über das Produktkonto Bankzinsen 01111080.7711000000 in gleicher Höhe.

4.	Fragen zu aktuellen Themen
----	----------------------------

Für die GRÜNE-Fraktion fragt der Stadtverordnete Linek:

„Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat am 31.05.2016 aufgefordert, sich kurzfristig und intensiv für eine durchgehende Zugverbindung zwischen Bruchköbel und Frankfurt einzusetzen. Erst auf Nachfrage und erst in der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar 2017 zitierte der Bürgermeister aus einem Antwortschreiben des RMV vom 19.07.2016. Welche – auf Empfehlung der KVG nachdrücklich zu verfolgenden – Schritte beabsichtigt der Magistrat im Weiteren zu unternehmen, um zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt durchgehende Zugverbindungen zwischen Bruchköbel und Frankfurt zu erreichen?“

Es sei erstaunlich, so der Stadtverordnete Linek, dass erst so spät zur Antwort des RMV berichtet wurde. Augenscheinlich sei nichts hinsichtlich der von der KVG vorgeschlagenen Einflussnahme geschehen. In den Osterferien haben RMV und DB den Nachweis erbracht, dass die Strecke Hanau und Frankfurt noch Kapazitäten habe. Die nordmainische S-Bahn sei keine Voraussetzung und schon gar kein Vertröstungsgrund. Außerdem verkehren auf der Strecke bereits heute Züge, die technisch nur noch durchgebunden werden müssten, was zu verhandeln sei. Weiter seien die Züge auf Regionalbahnlinie bis 2023 vertraglich gebunden. Insoweit dürfe man davon ausgehen, dass etwa 2020/2021 ein erneutes Ausschreibungsverfahren starte. Bis dahin müsse beim RMV wiederholt Einfluss genommen werden. Möglicherweise werden die Linien zwischen Frankfurt und Hanau früher ausgeschrieben, es bleibe daher mitunter noch weniger Zeit.

Möglicherweise ergebe sich hinsichtlich der Absicht des RMV, für die auszubauende S 6 Kapazitätsreserven schaffen zu wollen, auch Einschränkungen hinsichtlich des hiesigen Nahverkehrsangebots. Wir stellen vor diesem Hintergrund die Frage welche auf Empfehlung der KVG nachdrücklich zu verfolgenden Schritte der Magistrat im weiteren zu unternehmen beabsichtigt, um zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt durchgehende Zugverbindungen zwischen Bruchköbel und Frankfurt zu erreichen. Und ich ergänze, wie reagiert denn der Magistrat auf die wenig verblühte Ankündigung von Leistungseinschränkungen auf unserer Regionalbahn während des S-Bahn-Baus im Norden Frankfurts.

Der Bürgermeister bekundet, dass direkte Verhandlungsmöglichkeiten mit dem RMV ohnehin faktisch nicht möglich seien, selbst die städtischen Buslinien verhandele die KVG mit dem RMV. Dabei sei eine gute Vertaktung zwischen Bus und Bahn schon ein Erfolg. Die Stadt sei naturgemäß nicht zuständig für Planungen Bad Vilbel oder Friedberg nach Hanau.

Konkret möglich war und sei es immer noch, sich direkt an den RMV zu wenden, dass sei Mitte letzten Jahres per Brief geschehen. Die Antwort sei ernüchternd gewesen. Der letzte Absatz sei ausschlaggebend: Erst müsse die Schienensituation zwischen Süd und Hauptbahnhof verändert werden. So lange wie die Nordmainische S-Bahn brauche, so lange könnten auch durchgehende Linien benötigen.

Der Stadtverordnete Ringel meint, dass sämtliche Schlüsse ausschließlich aufgrund des Antwortschreibens des RMV gefolgert wurden. Er geht davon aus, dass nur mit der KVG und ohne Magistrat

bzw. Kommune sich beim RMV nichts bewege, viel mehr müsse sich die Stadt ganz besonders engagiert einbringen.

Der Bürgermeister meint, dass anlässlich allgemeiner Abstimmungsgespräche hinsichtlich Linienführungen von Bussen und Bahnen am vergangenen Freitag die KVG ihren diesbezüglichen Auftrag ausgeführt habe. Sobald konkretes bekannt sei, werde er berichten.

Der Stadtverordnete Linek meint im Übrigen, dass es immer um die Durchbindung von Zügen aus Bruchköbel in Richtung Frankfurt gegangen sei, nicht aber ob Frankfurt Süd oder Frankfurt Hauptbahnhof als Ziel angepeilt werden. In der Kombination von Zügen die einerseits von Friedberg nach Hanau und andererseits von Hanau nach Frankfurt fahren, dränge sich eine möglicherweise sogar mehrkostenfreie Verbindungslösung auf.

Für die FDP-Fraktion fragt die Stadtverordnete Braun.

„Wir haben Fragen zu zwei Themenkomplexen.

Zum einen geht's um das Thema IT-Sicherheit. Die Koalition hat ja so einiges vor in Sachen „Digitales Bruchköbel“. Deswegen fragen wir uns, ob die Stadt Bruchköbel schon an dem Programm zur Überprüfung der IT-Sicherheit von Kommunen teilnimmt. Das wurde vom Kommunalen Dienstleistungszentrum Cybersicherheit Hessen angeboten. Das Programm richtet sich an Kommunen bis 30.000 Einwohnern und ist durch die vorhandenen Fördermittel aktuell noch kostenlos. Es wird derzeit hessenweit von rund 160 Kommunen in Anspruch genommen.

Nimmt die Stadt Bruchköbel eben an diesem Programm teil? Falls ja, liegen bereits Ergebnisse aus der Untersuchung vor? Falls nein, warum will die Stadt Bruchköbel diesen Dienst nicht in Anspruch nehmen?

Zweiter Themenkomplex richtet sich in den Bereich Feuerwehr.

Gestern hat die JHV der städtischen Feuerwehren auch im Beisein von einigen politischen Vertretern stattgefunden, wir fragen uns: Gibt es nun einen Termin für den Ende letzten Jahres bereits für das erste Quartal diesen Jahres angekündigten runden Tisch zwischen Politik und Feuerwehr?

Wie ist der aktuelle Stand bzgl. Bedarf- und Entwicklungsplans für die städtischen Feuerwehren? Wann bekommt die Stadtverordnetenversammlung das Ergebnis der diesbezüglich beauftragten Untersuchung vorgestellt?“

Der Bürgermeister bekundet, dass die Angelegenheit Cybersicherheit der hiesigen IT-Abteilung vorgelegt wurde. Er trägt den Bericht vor.

Zur zweiten Frage bekundet er, dass die Fraktionen sämtlich eingeladen waren. Der Termin runder Tisch mit Feuerwehr und Politik stehe im Moment noch nicht fest. Der Bedarfs- und Entwicklungsplan ist im Moment zur Vorstellung im Wehrführerausschuss. Hier werden noch kleine Änderungen vorgenommen. Nach der erfolgten Darstellung der Inhalte werden diese dem Brandaufsichtsdienst in Gelnhausen vorgelegt. Der Brandaufsichtsdienst prüft noch einmal, ob es evtl. noch Änderungen/Veränderungen geben soll. Danach wird der Bedarfs- und Entwicklungsplan über den Magistrat in die Stadtverordnetenversammlung entsprechend eingebracht. Das werde noch vor der Sommerpause geschehen.

Die Stadtverordnete Braun fragt, ob sie richtig verstanden habe, dass die IT-Überprüfung nicht durchgeführt werde, weil hausintern mitgeteilt wurde, es sei alles in Ordnung. Es gehe in dem Angebot aber darum, genau solche Einschätzungen zu überprüfen.

Der Stadtverordnetenvorsteher macht im Zusammenhang mit derzeit störenden Jugendlichen im Eingangsbereich des Aufgangs zum Stadtverordnetensaal darauf aufmerksam, dass zwar die Zwischentür zum Rest des Rathauses, nicht aber die Tür zur Außentreppe abgeschlossen werden könne. Die Öffentlichkeit der Sitzung müsse gewahrt bleiben.

TOP 5.	DS-87/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Photovoltaikanlagen
--------	------------	--

Der Stadtverordnete Ringel spricht im Sinne des Antrags. Der Bürgermeister bekundet sein Unverständnis hinsichtlich des Zeitpunkts der Einbringung des Antrags. Der Magistrat habe seine diesbezügliche Willensbildung noch nicht abgeschlossen. Es sei unredlich, eine Kenntnisnahme durch das eigene Magistratsmitglied wie hier erfolgt in einen Antrag zu gießen, denn so sei eine ungestörte, er-

gebnisoffene und vor allen Dingen vertrauensvolle Diskussion im Magistrat auf Dauer unmöglich. Der Stadtverordnete Baier spricht im Sinne des Antrags und schlägt den Bogen zur DS 248/2014 „Bürgersolaranlagen“. Er regt an den Inhalt des seinerzeitigen, immerhin beschlossenen Antrags mit zu verhandeln und zwar im Ausschuss. Er beantragt insofern die Verweisung der Sache in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr. Es erhebt sich formelle Gegenrede.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: einstimmig in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr verwiesen

Die Stadtverordnetenversammlung ist sich einig, dass die DS 248/2014 im Ausschuss mitverhandelt werden soll.

Der Stadtverordnetenvorsteher regt an, die TOPE 6 und 7 gemeinsam zu verhandeln. Dagegen erhebt sich keine Gegenrede, es wird so verfahren.

TOP 6.	DS-76/2017	Optimierung der EAM Sammel- und Vorschaltgesellschaften durch Verschmelzung
TOP 7.	DS-81/2017	Gründung KEAM Kommunale Energie aus der Mitte GmbH

Der Bürgermeister spricht im Sinne beider Vorlagen. Der Stadtverordnete Rabold meint, dass es sich eben nicht um eine Rekommunalisierung handele, auch wenn dies so verkauft werde. Vielmehr handele es sich um eine unübersichtliche Konstruktion, deren Sinn und Zweck sich nicht erschließe. Etwaige Renditen werden ab dem Jahr 2040 avisiert und Risiken nicht hinreichend bedacht. Die Stadtverordnete Braun spricht ebenfalls gegen den Antrag. Der Bürgermeister entgegnet im Sinne der Vorlagen, ebenso der Stadtverordnete Ringel.

Abstimmung zur DS 76/2016: bei 24 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Grüne) und 11 Nein-Stimmen (BBB, FDP) beschlossen

Abstimmung zur DS 81/2016: bei 24 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Grüne) und 11 Nein-Stimmen (BBB, FDP) beschlossen

Beschluss zu DS 76/2017:

(1) Die Stadt Bruchköbel stimmt einer Verschmelzung der EAM Sammel- und Vorschalt Mitte GmbH, der EAM Sammel- und Vorschalt Süd GmbH sowie der EAM Sammel- und Vorschalt 2015 GmbH auf die EAM Sammel- und Vorschalt Nord GmbH gemäß dem Verschmelzungsvertrag (Anlage 7) sowie dem Gesellschaftsvertrag der EAM Sammel- und Vorschalt 5 GmbH (Anlage 5) zu. Die damit einhergehende Erhöhung der mittelbaren Beteiligungsquote an der EAM GmbH & Co. KG gemäß Anlage 2 nimmt die Stadt Bruchköbel zur Kenntnis.

(2) Der Magistrat wird ermächtigt und beauftragt, zur Umsetzung des Beschlusses einen Beauftragten gemäß Anlage 8 unter Befreiung von § 181 BGB zu bevollmächtigen, die notwendigen Zustimmungsbeschlüsse zur Verschmelzung zu fassen und alle weiteren Schritte zur Umsetzung in die Wege zu leiten.

Beschluss zu DS 81/2017:

(1) Die Stadt Bruchköbel stimmt dem Erwerb eines Anteils von 0,75 % im Wert von 2250 EUR an der KEAM Kommunale Energie aus der Mitte GmbH zu.

(2) Der Magistrat wird ermächtigt und beauftragt, den Anteilserwerb umzusetzen und zur Umsetzung des Beschlusses einen Beauftragten gemäß Anlage 6 unter Befreiung von § 181 BGB zu bevollmächtigen, die notwendigen Zustimmungsbeschlüsse zum Erwerb eines Anteils an der KEAM zu fassen und alle weiteren Schritte zur Umsetzung in die Wege zu leiten.

TOP 8.	DS-74/2017	Verkauf eines Grundstückes
--------	------------	----------------------------

Der Stadtverordnete Hormel spricht gegen die durch die Vorlage zu erwartende Bebauung.

Abstimmung: bei 22 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP), 8 Nein-Stimmen (BBB) und 5 Enthaltungen (Grüne) beschlossen

Beschluss:

Der Veräußerung des in der Gemarkung Niederissigheim liegenden Grundstückes

Flur [...], Flurstück [...],[...] qm, Gebäude- und Freifläche, [...]

an [...], zum Preis von [...] €/qm, mithin insgesamt [...] € wird zugestimmt.

Sämtliche Kosten der Abwicklung trägt die Käuferin.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 20:52 Uhr.

Guido Rötzer
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Achim Wächtler
Schriftführer